

„1949, 1959, 1969, 1989 - Die Bedeutung der Gedenktage des Jahres 2009 für die SPD“
Referat von Dr. Hans-Jochen Vogel
im Rahmen der Klausurtagung des SPD-Parteivorstandes
am 8. Januar 2009, 11.00 Uhr, Berlin

Anrede

1.

Es ist wohl schon sehr lange her, dass ich an einer Parteivorstandssitzung teilgenommen habe. Und dass ich eine solche Sitzung leitete, liegt bereits über siebzehn Jahre zurück. Da werden schon allerlei Erinnerungen wach. Aber nicht nur deshalb bin ich der Einladung, in dieser Runde einige Überlegungen zur Bedeutung der Gedenktage des Jahres 2009 vorzutragen, gerne gefolgt. Mir liegt auch das Thema am Herzen. Denn es erscheint mir wichtiger denn je, dass die deutsche Sozialdemokratie ihre Geschichte, die Geschichte der Bundesrepublik und insbesondere auch ihren Anteil an dieser Geschichte nicht nur im eigenen Bewusstsein, sondern auch im Bewusstsein der heute Lebenden wach hält, von denen bekanntlich die große Mehrheit nach 1949 geboren ist. Und für die die Anfänge der Bundesrepublik viel weiter zurückliegen als für meine Generation der Erste Weltkrieg.

Warum erscheint mir das so wichtig? Ich nenne vor allem drei Gründe:

Einmal, weil wir aus der Geschichte lernen können. Wir können lernen, was unser Volk in die Katastrophe des NS-Gewaltregimes geführt hat. Und was geschehen muss, damit sich das nie mehr wiederholt. Wir können aber auch aus der Entwicklung der Bundesrepublik lernen, aus den schwierigen Prozessen, in denen sie ihre Herausforderungen bislang gemeistert hat, und ebenso aus den Fehlern, die es sicher auch gab und die sich nicht wiederholen sollten.

Wir können weiter aus ihrer Geschichte Kraft schöpfen. Denn es war letzten Endes eine beispiellose Erfolgsgeschichte.

Zum dritten ist die Besinnung auf unsere Geschichte geeignet, unser sozialdemokratisches Selbstbewusstsein zu stärken. Manchmal meine ich, dass wir das sehr nötig haben. Nicht Überhebung, nicht billige Propaganda, nicht vordergründige polemische Auseinandersetzung, die die Leistungen der anderen nicht anerkennt, sondern ruhiges Selbstbewusstsein und eine darauf beruhende realitätsnahe Geschichtsdeutung. Sicher haben auch wir Fehler gemacht. Aber allein schon welches Unheil wäre unserem Volk erspart geblieben, wenn es die sozialdemokratischen Warnungen vor dem heraufziehenden Unheil des Nationalsozialismus gehört und befolgt hätte. Und die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik haben wir Sozialdemokraten ganz wesentlich mit gestaltet. Mit Prinzipien und Kriterien übrigens, die unverändert Gültigkeit beanspruchen können.

Das alles bringt eine alte Volksweisheit mit einem einfachen Satz zum Ausdruck. Der lautet: „Nur wer weiß, woher er kommt, weiß wo er sich befindet und wohin ihn sein Weg führt!“

2.

Aber nun zur Bedeutung der in der Einladung genannten Gedenktage. Als Pedant erlaube ich mir allerdings vorweg eine Fußnote. Gerade wir Sozialdemokraten könnten 2009 auch an Gedenktage erinnern, die neunzig Jahre zurückliegen. Nämlich beispielsweise an die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts (15. Januar 1919), an die Einführung des Frauenwahlrechts (19. Januar 1919), an die Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten (11. Februar 1919), an die Ermordung Kurt Eisners (21. Februar 1919) oder an das Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung (14. August 1919). Ich weiß - darunter ist zumindest ein Gedenktag, der näherer Erörterung bedarf. Denn Rosa Luxemburg war zur Zeit ihrer Ermordung nicht mehr Sozialdemokratin, sondern Vorsitzende der soeben gegründeten KPD. Aber sie war vorher ein Leben lang eine - durchaus sehr eigenwillige - Sozialdemokratin. Noch als solche hat sie Lenin kritisiert und den berühmten Satz niedergeschrieben: „Freiheit ist immer die Freiheit der anderen, nicht nur die Freiheit einer Partei.“ Wir sollten sie schon deshalb als historische Persönlichkeit nicht gänzlich unseren Gegnern überlassen.

A.

Als erstes Bezugsjahr wird 1949 genannt, also das Jahr, in dem das Grundgesetz verabschiedet wurde und die Bundesrepublik ins Leben trat. Das Grundgesetz ist unstreitig die beste Verfassung, die unser Land je gehabt hat. Dies auch deshalb, weil sie eben nicht nur Zuständigkeits-, Organisations- und Verfahrensvorschriften enthält, sondern eine Wertordnung verkörpert, die eine eindeutige Antwort auf die verbrecherische Ideologie des NS-Gewaltregimes gibt. Nicht umsonst heißt es im ersten Absatz des ersten Artikels „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Und weiter im zweiten Absatz „Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Und nicht umsonst hat Art. 79 Abs. 3 diesen Art. 1 und die Grundsätze des Art. 20 - also die demokratische, die sozialstaatliche und die rechtsstaatliche Ordnung - für unabänderlich erklärt. Zur sozialstaatlichen Ordnung gehört insbesondere auch der Art. 14 Abs. 2. Er besagt „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Das sind zwei Sätze, die uns Sozialdemokraten aus dem Herzen sprechen und die gerade heute in allen Vorstandsetagen plakatiert und von denjenigen Managern, denen sie fremd geworden sind, auswendig gelernt werden sollten.

An dem Zustandekommen dieser Verfassung haben Sozialdemokraten entscheidend mitgewirkt. So war es der Sozialdemokrat Ernst Reuter, der als West-Berliner Bürgermeister für eine rasche Inangriffnahme einer Grundordnung für Westdeutschland eintrat. Im Parlamentarischen Rat spielten Carlo Schmid, Walter Menzel und Georg-August Zinn eine entscheidende Rolle. Und Elisabeth Selbert kämpfte erfolgreich für die Aufnahme des Satzes „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Eine wesentliche Modifikation hat sogar Kurt Schumacher selber gegen die ursprüngliche Position der Besatzungsmächte durchgesetzt. Nämlich eine stärkere Stellung des Bundes auf finanziellem Gebiet. Die CSU darf bei dieser Gelegenheit übrigens daran erinnert werden, dass sie im Parlamentarischen Rat und im Bayerischen Landtag das Grundgesetz abgelehnt hat. Der Vorsitzende ihrer Landtagsfraktion mit der schon damals schwer verständlichen Begründung, die Bestimmung des Art. 20 Abs. 2, der zufolge alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe, sei für Christen unannehmbar, weil sie dem gottlosen Zwangsstaat das Tor öffne.

Auf die Entwicklung, die die Bundesrepublik seitdem genommen hat, komme ich noch zurück.

Noch ein Datum aus dem Jahr 1949 erscheint mir erwähnenswert. Das ist der 12. Mai 1949, an dem die Blockade Berlins endete. Dieses Ereignis ist wiederum mit der Person Ernst Reuters verbunden. Wie ja überhaupt Berlins Nachkriegsgeschichte bis heute ganz wesentlich von der Sozialdemokratie geprägt wurde.

B.

Das Jahr 1959 gehört in unseren Zusammenhang, weil am 15. November dieses Jahres das Godesberger Programm verabschiedet wurde. Gestützt auf die Erfahrungen der Weimarer Zeit und der Katastrophe des NS-Gewaltregimes, aber auch den raschen Wiederaufstieg der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg hielt es am Begriff des demokratischen Sozialismus fest, definierte ihn aber nicht mehr als einen mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel verknüpften Endzustand, sondern als die dauernde Aufgabe, den sozialdemokratischen Grundwerten der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität durch gesellschaftliche Reformen immer aufs Neue gerecht zu werden. Alle übrigen Neuerungen des Godesberger Programms, so etwa ein verändertes, an Werten orientiertes Staats- und Rechtsverständnis, die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Begründungen für die Grundwerte und die Anerkennung eines eigenständigen Auftrags der Kirchen, stehen damit im Einklang. Mit dem Godesberger Programm hat sich die deutsche Sozialdemokratie in Abkehr von früheren monokausalen Festlegungen auch endgültig der Pluralität und der Gleichberechtigung der Begründungen geöffnet. Das war in der Gestalt des endgültigen Übergangs von der Klassen- zur Volkspartei die tiefste Veränderung in der sozialdemokratischen Programmgeschichte. Und eine entscheidende Voraussetzung für die Übernahme der Regierungsverantwortung in den folgenden Jahren und für die damit eröffneten Einflussnahmen auf die Gestaltung unseres Gemeinwesens und der Lebensverhältnisse seiner Bürgerinnen und Bürger.

In einem Atemzug mit dem Godesberger Programm sollte hier die historische Rede Herbert Wehners vom 30. Juni 1960 erwähnt werden. Auf der Grundlage des neuen Programms korrigierte sie die bisherige außenpolitische Linie der Partei und bejahte die Westintegration und die Europäische Gemeinschaft. Die Fälle, in denen eine Opposition die Kraft einer solchen Korrektur aufbrachte, sind nach 1949 nicht sehr zahlreich.

C.

Im Jahre 1969 wurde am 5. Mai in der Person Gustav Heinemanns erstmals ein Sozialdemokrat zum Bundespräsidenten und am 21. Oktober 1969 Willy Brandt als erster Sozialdemokrat zum Bundeskanzler gewählt. Auf siebzehn Jahre Opposition und drei Jahre einer Großen Koalition, in der wir als Juniorpartner fungierten, folgten damit dreizehn Jahre, in denen zunächst Willy Brandt und dann Helmut Schmidt die Bundesregierung anführten. Von 1982 bis 1998 wieder in der Opposition, stehen wir seit 1998 neuerdings in der Regierungsverantwortung. Erst als der stärkere Koalitionspartner mit Gerhard Schröder als Bundeskanzler, dann seit 2005 wieder in einer Großen Koalition. In den sechzig Jahren, die die Bundesrepublik existiert, haben wir also zwanzig Jahre als Kanzlerpartei und bisher sechs Jahre in einer Großen Koalition regiert. 34 Jahre befanden wir uns in der Opposition. Das ist der richtige Anknüpfungspunkt, um unseren substantiellen Beitrag zur Entwicklung unseres Landes wenigstens in Stichworten zu würdigen.

Zunächst einmal: Wie ich schon eingangs sagte, war die bisherige Geschichte der Bundesrepublik insgesamt eine Erfolgsgeschichte, die in der deutschen Historie ohne Beispiel ist. Ich war bei Kriegsende in Italien nach Verwundung in Gefangenschaft. Wenn uns damals, im Mai 1945, einer gesagt hätte: „In wenigen Jahren werdet Ihr Eure Städte wieder aufgebaut haben. Ihr werdet zehn Millionen Vertriebene und Flüchtlinge integrieren, ohne dass es zu gewaltigen Eruptionen kommt. Ihr werdet wirtschaftlich bald wieder nach oben marschieren (mit Wachstumsraten von damals durchschnittlich sechs Prozent), Ihr werdet in der Völkergemeinschaft ungeachtet der Verbrechen, die von Eurem Lande ausgegangen sind, wieder Euren Platz finden, ein deutscher Kanzler wird schon 25 Jahre nach Kriegsende mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet werden, Europa wird zusammenwachsen und Krieg, der in Europa bis in die Mitte des letzten Jahrhunderts eine Selbstverständlichkeit war, wird es dort nicht mehr geben. Und schließlich wird die deutsche Einheit ohne einen Tropfen Blutvergießens zustande kommen.“ Wir hätten denjenigen, der solches vorausgesagt hätte, für wahnsinnig oder verrückt erklärt. Ich wüsste nicht, warum wir das nicht unbefangen aussprechen und damit auch ein Wort der Dankbarkeit verbinden sollten. Dem Schicksal oder, wie ich selber sage, dem Herrgott gegenüber.

Diese Entwicklung - auch das erwähnte ich schon - haben wir ganz wesentlich mitgestaltet. Als zentrale Erscheinungen nennen ich:

Die Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts, die auf der Westintegration der Bundesrepublik unter Konrad Adenauer aufbaute und die Helmut Schmidt auf seine Weise mit der Förderung des Helsinkiprozesses und der

Unterzeichnung der Schlussdokumente fortgesetzt hat. Das waren unentbehrliche Voraussetzungen für die deutsche und die europäische Einigung. Das sah die Union bekanntlich anders. Sie wollte Helmut Schmidt durch den Bundestag die Unterzeichnung der Schlussdokumente verbieten lassen, weil sie nur der Sowjetunion zusätzliche Macht und Einfluss verschaffen würden. Ein historischer Irrtum!

Dann die großen innenpolitischen Reformen, die unter der Devise standen „Mehr Demokratie wagen“. Unter dieser Devise gelang es Willy Brandt auch, eine sehr beträchtliche Anzahl der sogenannten Achtundsechziger für die Demokratie und für unsere Partei zu gewinnen.

Weiter die Bewältigung der beiden Ölkrisen, die unsere Wirtschaft durchaus zu erschüttern drohten.

Oder die Überwindung der Herausforderung, die in den Entführungsaktionen der RAF im Herbst 1977 gipfelten. Für mich war dies die größte Leistung Helmut Schmidts. Mit seiner besonnenen Entschlossenheit meisterte er diese Angriffe auf die Schutzfähigkeit des Staates, ohne rechtsstaatliche Prinzipien zu verletzen. Daran, dass beides möglich ist, sollten wir uns gerade jetzt gelegentlich erinnern.

Oder auch der Fortgang der europäischen Einigung, die durch das von Helmut Schmidt zusammen mit Giscard d'Estaing durchgesetzte gemeinsame Währungssystem kräftige Impulse erhielt.

Auch in der Zeit der Opposition haben wir unserem Land in vielfältiger Weise gedient. So haben wir in der Umweltpolitik - Beispiel erneuerbare Energien -, in der Kinderförderung und in der Bildungspolitik schon damals konkrete Vorschläge gemacht, die von der Union erst jetzt, also mit jahrelanger Verzögerung akzeptiert worden sind. Von der Frauenquote gilt ähnliches. Und auch den Atomausstieg haben wir seinerzeit auf die Tagesordnung gesetzt.

Aber auch der Bilanz der von Gerhard Schröder geführten Regierung brauchen wir uns wahrlich nicht zu schämen. Dazu drei Stichworte:

1.: Das Nein zum Irakkrieg. Wer bekennt sich denn heute in der Bundesrepublik, in Europa, ja auch in den USA noch zu einem Ja? Überall ist der Krieg und seine Begründung als Irrtum erkannt. Aber wie wäre es wohl gelaufen, wenn seinerzeit die Union das Sagen gehabt hätte? Der Disput über die beiden Mitarbeiter des BND im Irak erscheint auf diesem Hintergrund einigermaßen heuchlerisch.

2.: Die Agenda 2010. Ich weiß, dass sie in der Partei ein unverändert lebhafter Diskussionsgegenstand ist. Ich will mit meiner Meinung dazu, die ich von Anfang an vertreten habe, auch hier und heute nicht hinter dem Berg halten. Sie war und ist nach meiner Einschätzung im Kern schon deshalb richtig, weil sie, wie beabsichtigt, zum Sinken der Arbeitslosigkeit beigetragen hat. Wenn wir damals nur an die eigene Partei gedacht hätten, wäre sie wohl nicht verabschiedet worden. Nicht wenige haben nämlich vorausgesehen, dass die Agenda 2010 zu Stimmen- und Mitgliederverlusten führen wird. Und das ist ja auch eingetreten. Aber wir haben uns damals nicht am Parteiinteresse, sondern am Gemeinwohl orientiert. Soll das wirklich als Vorwurf akzeptiert werden?

3.: Der Ausstieg aus der Atomenergie. Dieser Ausstieg ist unverändert richtig. Wir haben damit ein Versprechen aus dem Jahre 1986 erfüllt und bewiesen, dass wir zu nachhaltiger Politik über eine lange Zeitstrecke hin fähig sind.

Die Zeitknappheit verbietet es mir, jetzt auch noch näher auf die sozialdemokratischen Leistungen in der gegenwärtigen Großen Koalition einzugehen. Deshalb nur so viel: Unsere Handschrift ist auf den meisten Gebieten deutlich zu erkennen. Auch und gerade in den bisherigen Antworten auf die große Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise. Ohne Peer Steinbrück, Franz-Walter Steinmeier, Peter Struck und Franz Müntefering sähe da vieles anders aus.

D.

Bleibt das Jahr 1989. Dazu wird sich anschließend vor allem Mathias Platzeck äußern. Ich weiß, dass in den kommenden Monaten manche ihre alten Vorwürfe gegen unsere Haltung im Einigungsprozess wiederholen werden. Deshalb ist es gut, dass bereits an einer Dokumentation über unsere Haltung im Ablauf der seinerzeitigen Geschehnisse gearbeitet wird. Sie wird unter anderem deutlich machen:

Es gab damals durchaus divergierende Einzelstimmen. Auch von dem seinerzeitigen Kanzlerkandidaten. Er wollte beispielsweise im November 1989 den DDR-Staatsbürgern die bundesdeutsche Staatsangehörigkeit entziehen und so ihre weitere Übersiedlung in die Bundesrepublik unterbinden. Und er wollte die von Wolfgang Roth und Ingrid Matthäus-Maier vorgeschlagene Währungsunion verhindern. Aber die Partei und die Fraktion sind ihm nicht gefolgt. Wir haben am Einigungsprozess konstruktiv mitgearbeitet. Der Zehn-Punkte-Plan Kohls, der immer wieder erwähnt wird, stimmte komplett mit dem Fünf-Punkte-Konzept überein, das ich in derselben Sitzung am 28. November 1989 als erster Redner vorgetragen habe. Richtig ist, dass 25 Mitglieder unserer Fraktion gegen die Währungsunion gestimmt haben. Aber wer weiß denn noch, dass 13 Mitglieder der Unionsfraktion den Einigungsvertrag abgelehnt haben, ja dass 7 von ihnen sogar das Bundesverfassungsgericht anriefen, um die Beschlussfassung zu verhindern?

Wir haben nicht weniger Kontakte zu den oppositionellen Kräften in der DDR unterhalten als die Union. Das Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ hat diesen Kräften nach deren eigenen Bekundungen geholfen und nicht geschadet. Und oppositionelle Kräfte haben - von uns sogleich anerkannt und unterstützt - am 7. Oktober 1989 in Schwante aus eigenem Entschluss eine sozialdemokratische Partei der DDR

gegründet, während die Union eine Block-CDU übernahm, deren Kader sich noch im Herbst 1989 zur offiziellen SED-Linie bekannt hatten.

Wenn wir des Mauerfalls und des Einigungsprozesses gedenken, sollten allerdings nicht primär polemische Auseinandersetzungen belebt werden. Vielmehr sollten wir uns alle von Herzen freuen. Freuen darüber, dass erstmals in unserer Geschichte eine friedliche demokratische Revolution erfolgreich war.

3.

Was ist nun die Quintessenz meiner Bemerkungen?

Eine Quintessenz ist, dass wir auch der großen Persönlichkeiten aus unseren Reihen gedenken sollten. Kurt Schumacher, Willy Brandt und Herbert Wehner vor allem. Aber auch Johannes Rau oder Annemarie Renger. Andere habe ich schon genannt. Und was Helmut Schmidt für unser Land und gerade auch für uns unverändert bedeutet - das ist in den letzten Wochen sehr anschaulich geworden. Er und die anderen gaben und geben Menschen Halt und Orientierung.

Eine andere Folgerung ist mein Appell: Schöpft Mut aus unserer Geschichte. Verwendet von hundert Zeiteinheiten nicht zu viele, wie manchmal in der jüngeren Vergangenheit, für innere Kritik und Auseinandersetzungen. Sondern das meiste für die eigentliche Arbeit und die Durchsetzung dessen, was notwendig erscheint. Aber eben einen größeren Anteil auch, um unsere Erfolge bewusst zu machen. Wer von Selbstzweifeln übermannt wird, kann andere nicht überzeugen!

Das bedeutet entschlossenen Kampf gegen den Rechtsextremismus hin bis zu einem neuerlichen Verbotsantrag. Gerade wir dürfen die Lehren von Weimar nicht vergessen.

Das bedeutet weiter für die Auseinandersetzung mit den Konservativen: Zeigt auf, wie sehr sie sich von dem abgewandt haben, was sie noch vor kurzem für richtig hielten. Unterstreicht, dass fast alles, was jetzt zur Abwendung der Krise gefordert wird, einen handlungsfähigen Staat voraussetzt und sozialdemokratischen Grundpositionen entspricht. Und dass die Krise nicht durch eine uns oft vorgeworfene Überregulierung, sondern dadurch verursacht worden ist, dass dem von Helmut Schmidt so bezeichneten „Turbokapitalismus“ keine ausreichenden Schranken gesetzt worden sind. Dass Gier und Profitsucht dominierten, wo soziale Verantwortung notwendig gewesen wäre. Auch und gerade bei den sogenannten „Heuschrecken“! Ist Euch übrigens aufgefallen, dass die Kirchen das seit langem ebenso beurteilen und sich dazu in diesen Tagen fast noch drastischer äußern als wir?

Den Linken solltet Ihr immer wieder ihren demagogischen Populismus vorhalten. Damit lässt sich die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich nicht schließen. Wo sie diesen Populismus, wie in Berlin oder so auch in Mecklenburg-Vorpommern, ablegen und dann in der Realität gerade das Gegenteil von dem tun, was sie lautstark propagieren, kann man über Zusammenarbeit reden, wenn die beteiligten Personen das möglich erscheinen lassen. Auf der Bundesebene scheidet das hingegen aus. Wer aus der NATO und im Ergebnis auch aus der Europäischen Union austreten will, ist schon deswegen politikunfähig.

Mut soll Euch das Gedenken in diesem Jahr auch für die Wahlkämpfe und insbesondere für die Bundestagswahl machen. Die Ausgangsposition ist besser, als manche denken und besser als in einer Reihe von früheren Fällen. Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering haben diesen Mut. Lasst Euch anstecken.

4.

Ich habe Euch einiges zugemutet. Aber wer mich einlädt, muss damit rechnen. Gespürt habt Ihr aber sicher auch, dass ein alter Sozialdemokrat - und das bin ich mit meinen 58 Jahren Zugehörigkeit - auf seine Partei stolz ist. Auf ihre Geschichte als älteste demokratische Partei unseres Landes. Und dass er ihr und damit dem Gemeinwesen in der Zeit, von der ich jetzt gesprochen habe, gerne gedient hat. Im Sinne des Wahlspruchs Friedrich Eberts: „Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel“. Etwas detaillierter und konkreter umreißt dieses Ziel ja auch unser Hamburger Grundsatzprogramm.